

# Newsletter der **CDU**-Ratsfraktion

Nr. 06/2017 – 14.07.2017



**Fortschreibung des Nahverkehrsplanes:  
Ignoranz des Bürgerwillens bestätigt**

Im Rat der Stadt versuchte sich die „Straßenbahn Saarn-Koalition“ SPD/ Grünen und MBI mit einer kosmetischen Operation, das millionenschwere Projekt „Straßenbahn nach Saarn“ (mit über 35 Mio. €) nicht ganz zu beerdigen. So setzte diese Koalition gegen die Stimmen der CDU durch, dass „zu einem

späteren Zeitpunkt“ eine vertiefte Variantenuntersuchung für die Straßenbahn nach Saarn von der Verwaltung „in Auftrag gegeben werden kann.“ Angesichts der Proteste nicht nur aus Saarn gegen dieses rot-grüne Projekt ist es letztlich eine neue Ignoranz von Rot-Grün gegenüber dem Bürgerwillen, der frisch in einer Unterschriftenaktion (mit bisher über 1.300 Unterschriften) zum Ausdruck gebracht wurde. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass im Laufe der Rats-Diskussion diejenigen, die diese Unterschriften geleistet haben, von einem Grünen-Ratsmitglied als „Krakeeler“ bezeichnet wurden.

Rot-Grün drückte mit Oberbürgermeister Ulrich Scholten (SPD) - trotz erheblicher Mehrkosten - die direkte Linienverbindung auf der Fahrtstrecke Mintard über Saarn zum Hauptbahnhof im Rahmen des Nahverkehrsplanes durch. Die CDU-Fraktion sprach sich stattdessen für die bedarfsgerechte und kostengünstigere Einsatzwagen-Lösung für diese Linienverbindung in Spitzenzeiten aus, wie sie auch von der Fachverwaltung vorgeschlagen wurde. Rot-Grün machte haushaltswidrig auch keinen Gegenfinanzierungsvorschlag für ca. 72.000 € jährlich.

## **ÖPNV-Zukunft mit der neuen Verkehrsgesellschaft Ruhrbahn**

Die CDU-Fraktion begrüßt es ausdrücklich, dass auf der Basis einer breiten Ratsmehrheit die neue gemeinsame Essener und Mülheimer Verkehrsgesellschaft mit dem neuen Namen „Ruhrbahn“ startet. Es ist nicht der erste Versuch, über Stadtgrenzen hinweg ein interkommunales Verkehrsunternehmen - mit dem Ziel eines attraktiven, bedarfsgerechten und finanzierbaren Öffentlichen Personennahverkehrs - zu installieren. Die CDU-Fraktion sieht hierzu keine Alternative, mit dem „Kirchtumsdenken“ der Vergangenheit kann sich eine

Ruhrgebietsstadt wie Mülheim an der Ruhr einen bezahlbaren ÖPNV nicht mehr leisten.



### Wolfgang Michels - Mitglied im neuen Aufsichtsrat Ruhrbahn

Der bisherige MVG-Aufsichtsratsvorsitzende Wolfgang Michels wurde mit großer Mehrheit im Rat der Stadt zum Mitglied des neugebildeten Aufsichtsrates der gemeinsamen Essener und Mülheimer Verkehrsgesellschaft Ruhrbahn gewählt. Der Versuch der „Straßenbahn Saarn“-Koalition scheiterte, nur Vertreter ihrer Richtung in den Aufsichtsrat zu wählen. Es offenbart zudem ein seltsames Demokratieverständnis

von Rot-Grün, die zweitstärkste Ratsfraktion an der Beteiligung und Mitwirkung in diesem Aufsichtsgremium ausschließen zu wollen, und das in einer rot-grünen Absprache, die fast das Aus für den SPD-Kandidaten bedeutet hätte.

Wolfgang Michels ist nunmehr im 20köpfigen Gründungs-Aufsichtsrat, dem 10 Arbeitnehmer-/ Gewerkschaftsvertreter aus Essen und Mülheim an der Ruhr und auf Arbeitgeberseite nur drei politische Mülheimer Vertreter (SPD-Oberbürgermeister plus je ein SPD- und CDU-Ratsmitglied) angehören.

### Rot-Grün für Mehrausgaben: „Warnschüsse“ der Kommunalaufsicht nicht gehört

Die Mehrausgabenpolitik von Rot-Grün, trotz einer Verschuldung Mülheims von 2 Mrd. €, geht ohne Rücksicht auf die von der Kommunalaufsicht und der Gemeindeprüfungsanstalt NRW geforderten Sparbemühungen ungehemmt weiter. So wird das Personal bei den freiwilligen Ausgaben weiter aufgestockt, weil Rot-Grün zusammen mit dem SPD-Oberbürgermeister unbedingt [zwei Klimaschutzmanager](#) einstellen will. Damit wird unnötig das Klimaschutzmanagement (Koordinierungsstelle) in der Verwaltung weiter aufgebläht. Und dies in einer Zeit, wo Mülheim an der Ruhr weiter auf einen genehmigten Haushalt warten muss.

Bemerkenswert ist es, dass SPD-Oberbürgermeister Ulrich Scholten, statt sich hinter die Sparbemühungen des SPD-Stadtkämmerers Frank Mendack zu stellen, diese Mehrausgabenpolitik ohne eine echte Gegenfinanzierung fortsetzt. Wenn bei der städtischen Anteilsfinanzierung „Puffer“ erhalten sollen, zeigt es, dass sie in Wirklichkeit nicht zum Sparen genutzt werden.

Die CDU-Fraktion warnt die rot-grün-rote Haushaltsmehrheit, diese unverantwortliche Haushaltspolitik auf dem Rücken der Steuerzahler fortzusetzen. Denn die nächste Etat-Runde kommt bestimmt: Bereits im Oktober 2017 soll der städtische Haushalt 2018 verabschiedet werden.

Die Genehmigung für den Haushalt 2017 hat die Bezirksregierung „auf Eis gelegt“, und zwar solange, bis in diesem Haushalt zusätzlich ca. 5 Mio. € Einsparungen nachgewiesen werden.

**Hinweis:**

Wenn Sie Schwierigkeiten haben, diesen Newsletter zu lesen, haben wir ihn zur Sicherheit noch einmal als pdf-Datei beigelegt.

Den dazu nötigen kostenlosen Adobe Acrobat Reader erhalten Sie hier: <http://get.adobe.com/de/reader>

Falls Sie Freunde haben, die an unserer Arbeit interessiert sind, geben Sie uns bitte die entsprechende Email-Adresse, die wir dann in den Verteiler aufnehmen.

Sie können diesen Newsletter mit einer kurzen E-Mail an den Absender abbestellen.

---

**Impressum:**

**Newsletter** der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

Verantwortlich i.S.d. TDG: Wolfgang Michels, Bahnstraße 31, 45468 Mülheim an der Ruhr

Redaktion: Hansgeorg Schiemer

Tel.: 0208 / 45 95 4-0;

E-Mail: [cdu-fraktion-muelheim@t-online.de](mailto:cdu-fraktion-muelheim@t-online.de)

Homepage: <http://www.cdu-fraktion-muelheim.de>